

KFOR muss Neutralität beweisen

Um das Kosovo wird es stiller. Dabei hat die Herausforderung auf dem Amselfeld erst begonnen. Miloševićs Mörderbanden aus dem Kosovo herauszubomben war viel einfacher, als die serbischen Bürger in der Provinz zu halten. Jetzt beginnt der entscheidende Test für die internationale Friedenstruppe KFOR: Ihre „ethnische Neutralität“ steht auf dem Spiel. Auch die deutschen Blauhelme haben in ihrer Aufgabe versagt, die serbische Bevölkerung vor den albanischen Räuberbanden zu schützen. Es ist noch nicht lange her, als die NATO Spekulationen kaum entkräften konnte, sie mache mit der albanischen Guerilla UÇK gemeinsame Sache. Besonders die USA wollten Miloševićs mit den Waffen der UÇK schlagen – als „verlängerter Arm“ der NATO auf dem Boden.

Dabei sollte seit dem Bosnienkrieg endlich klar sein, dass „gut“ und „böse“ nicht entlang „ethnischer Gräben“ verlaufen. Die Spaltungslinie zieht sich zwischen nationalistischen Politikern und deren Schlägerbanden – egal welcher „Ethnie“ oder Religion – und den Bürgern, die abwechselnd zu Opfern werden. Nur so lässt sich verstehen, warum nach den Albanern nun Serben, Sinti und Roma um ihr Leben fürchten müssen.

Im Gemetzel der Ereignisse gehen historische Zusammenhänge jedoch oft unter. Schon ein Jahr nach dem Tod des jugoslawischen Präsidenten Tito waren es albanische Nationalisten, die für blutige Unruhen sorgten. Sie forderten die Aufwertung der Provinz Kosovo zur Republik. Anders als die meisten Führer der bosnischen Muslime hat sich die nationalistische Clique der Kosovaren stets gegen ein multi-„ethnisches“ Kosovo ausgesprochen.

Sicherlich ist Milošević nicht der geborene Sympathieträger für eine Zusammenarbeit. Aber vor ihm gab es andere serbische und jugoslawische Präsidenten, die durchaus nach Ausgleich strebten. Den ausgestreckten Finger schlugen die albanischen Ethno-Nationalisten aus. Serbische Oppositionelle bedauern dies heute noch. Denn, so argumentieren sie, mit den Stimmen der Albaner im Kosovo hätte der Diktator in Belgrad abgewählt werden können. Doch die verbohrt Kosovo-Albaner blieben den Urnen fern. Nicht das gemeinsame Staatswesen zählt, sondern der gruppenegoistische Vorteil der eigenen „Ethnie“.

So ist kein Staat zu machen. Da kann die KFOR-Truppe auf dem Amselfeld noch so lange Polizei spielen. Die staatlichen Strukturen bleiben gelähmt, wie heute noch in Bosnien-Herzegowina. Nur eine langfristige, europäische Wirtschafts- und Integrationspolitik lässt die Menschen auf dem Balkan den Duft eines wohlhabenden und modernen Staatswesens zumindest schnuppern. Eine solche Perspektive kann den ethno-nationalistischen Fanatikern die politische Machtbasis abgraben. Die wiederholte Aufforderung Helmut Kohls, die Balkanstaaten an die Europäische Union heranzuführen, ist daher keine blauäugige Spinnererei, sondern Europas einzige Chance.

Carsten Wieland